V0747/24

Geplantes Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt;
Zustimmung zum Standort im Landkreis Pfaffenhofen und Absichtserklärung zur Bildung
eines Zweckverbandes
(Referent: Herr Grandmontagne)

Antrag:

1. Der Auswertung und Einordnung der eingegangenen Bewerbungen der Gemeinden Baar-Ebenhausen und Manching zum Auswahlverfahren zur Standortentscheidung für das geplante Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird gefolgt:

Dem Standort in der Gemarkung/Gemeinde Manching, Grundstück Flurnummern 628/38, 875 und 813 (Teilfläche) mit einer nutzbaren Fläche von ca. 30.000 qm und insgesamt erreichten 28,5 von möglichen 30,0 Punkten wird zugestimmt.

2. Mit der Absicht, für die Neugründung und den Betrieb des geplanten Gymnasiums auf dem Gebiet des Landkreises Pfaffenhofen einen Zweckverband nach Art. 17 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) mit dem Landkreis Pfaffenhofen zu bilden, besteht Einverständnis.

Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung
Ausschuss für Kultur und Bildung	26.11.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 17.12.2024

Stadtrat Wöhrl denkt, dass wenn man vor einem viertel Jahr abgestimmt hätte, hätte man die Zusammenarbeit mit Pfaffenhofen positiv gesehen. Doch mittlerweile liegen Informationen vor, die früher unbekannt gewesen seien. Er betont, dass neue Informationen über die finanzielle Lage der Stadt und die zugespitzte Haushaltslage eine Neubewertung der Situation erfordere. Stadtrat Wöhrl hebt hervor, dass die Unterbringung der Schülerinnen und Schüler aus Ingolstadt Priorität habe. Hinsichtlich der Schüler aus dem Landkreis Pfaffenhofen müsse jährlich geprüft werden, welche Kapazitäten verfügbar seien und welche Schüler möglicherweise abgewiesen werden müssen. Zudem weist er darauf hin, dass der Landkreis Pfaffenhofen über Jahrzehnte von den Gymnasien in Ingolstadt profitiert habe. Bezüglich des geplanten Gymnasiums in Manching äußerte Stadtrat Wöhrl die Hoffnung, dass dieses mit einer angemessenen Kapazität geplant werde, da die verfügbare Fläche keine Erweiterung ermögliche. Die CSU-Stadtratsfraktion werde gegen eine Beteiligung am Zweckverband zu stimmen, so Stadtrat Wöhrl.

Stadtrat Dr. Schuhmann teilt die Meinung von Stadtrat Wöhrl, dass man bis vor einem viertel Jahr der Meinung gewesen sei, dass dies der richtige Weg sei, doch in den letzten Wochen

seien nun einige unbekannte Informationen aufgekommen, die bei der Klausur noch nicht bekannt waren. Weiter merkt er an, dass das Verhältnis zwischen Ingolstadt und Pfaffenhofen eher angespannt gewesen sei, doch auch dies habe sich gewandelt. Er führt aus, dass auf Grund der Siedlungsentwicklungen in den Gebieten wie Rothenturm oder Seehof der Bedarf an Schulplätzen steigen werde und befürchtet, dass eine „Ingolstadt First“- Mentalität die regionale Zusammenarbeit beeinträchtigen könne. Stadtrat Dr. Schuhmann bedauere, dass möglicherweise die Chance auf ein größeres Gymnasium vertan worden sei. Er plädiere für eine vorausschauende Planung und bedauere die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Pfaffenhofen. Er schlägt vor, erneut mit dem Landkreis Pfaffenhofen über finanzielle Aspekte zu verhandeln, die den zukünftigen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler der Region gerecht werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass wenn man das Gymnasium zusammen mit Pfaffenhofen baue, es dann auch Ingolstadt gehöre und man habe dann auch den Anspruch, dass Ingolstädter Schülerinnen und Schüler dort hingehen. Ohne die Zusammenarbeit habe Ingolstadt allerdings keinen Anspruch auf freie Plätze. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass trotz der beschlossenen Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums und des Apian-Gymnasium die Situation angespannt bleibe. Er hofft, dass das Gymnasium in Pfaffenhofen gebaut werde und somit zur Entlastung beitrage und somit auch die Zahl der Gastschüler reduziert werde. Er ist der Meinung, dass Ingolstadt von dem Gymnasium profitieren würde und bittet dies zu bedenken.

Stadtrat Dr. Schickel spricht sich für den Zweckverband aus, da er die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit im Bildungsbereich als sehr wichtig empfinde. Bildungspolitik solle nicht an Stadtgrenzen haltmachen, denn die Gymnasien in der Region seien aufeinander angewiesen. Ein Rückzug aus Pfaffenhofen würde den Puffer für steigende Schülerzahlen in Ingolstadt verringern, denn südlich der Donau sei das Apian-Gymnasium das einzige Gymnasium. Des Weiteren teilt er mit, dass die Zusammenarbeit mit Gaimersheim das sechste Gymnasium sei, denn man sei mit im Zweckverband. Dies Sorge dann für Entlastung aus dem nordwestlichen Bereich. Stadtrat Dr. Schickel gibt dies für die Entscheidung zu bedenken.

Stadtrat Witty weist darauf hin, dass man nicht enttäuscht sein dürfe, wenn sich Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise die Frage stellen, ob auf die Ingolstädter Kommunalpolitik noch Verlass sei, denn Verlässlichkeit in der Politik sei das höchste Gut. Des Weiteren äußert er, dass die Haushaltslage in Ingolstadt sehr angespannt sei und er gebe zu bedenken, ob dieser Zweckverband nötig sei. Dennoch ist er der Meinung, dass es äußerst unglücklich und ein fatales Signal an alle umliegenden Landkreise sei, wenn man nun kurz vor der Gründung des Zweckverbandes einen Rückzieher mache. Dies sei nicht nur ein Signal im Bezug auf die Bildungslandschaft in Ingolstadt und der Region, sondern auch auf die Zusammenarbeit in Sachen ÖPNV, Kliniken oder auch die Sparkasse. Man dürfe dann nicht enttäuscht sein, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise die Frage stellen, ob man sich auf die Ingolstädter Kommunalpolitik verlassen könne. Verlässlichkeit in der Politik sei das höchste Gut, so Stadtrat Witty. Er denkt, es sei ein grundlegendes Problem, denn laut dem bayerischen Schulfinanzierungsgesetz sei die Höhe der Gastbeiträge pro Schüler / pro Jahr für die Ingolstädter Gymnasien bei 975 Euro. Dabei stellt sich Stadtrat Witty die Frage, ob dieser Betrag kostendeckend sei. Laut Finanzierungsgesetz sei der Betrag kostendeckend, denn dort stehe geschrieben, dass die Gastbeiträge dem kommunalen Aufwandsträger einen Ausgleich der Kosten für Schüler ermögliche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Sprengels oder des sonstigen Gebietes des Aufwandsträgers der besuchten Schulen haben. Stadtrat Witty führt aus, dass er das Thema weiter hinterfragt habe und Zahlen vom Zweckverband Gaimersheim erhalten habe. Die Betriebskosten liegen dort pro Schüler / pro Jahr bei 1.055 Euro. Dies bedeute, dass alleine die Betriebskosten den Gastbeitrag übersteigen. In Ingolstadt gebe es insgesamt auf den Gymnasien 1.300 Gastschüler, das bedeute, man zahle, was die Betriebskosten anbelange

drauf und stelle zusätzlich den Landkreisen ein Gymnasium. Stadtrat Witty ist der Ansicht, dass dies ein großer Fehler sei, da die Gastbeiträge nicht angemessen sind. Er wünsche sich ein Signal aus dem heutigen Stadtrat in Richtung Freistaat, dass diese Gastbeiträge dringend anzupassen seien, den diese entsprechen nicht der Realität. Er ist davon überzeugt, dass es wichtig sei, Anreize zu setzen. Ebenso bittet er darum, eine Resolution in Richtung Freistaat Bayern zu beschließen, damit dieser Faktor korrigiert werde.

Stadtrat Schäuble erklärte, dass er sich der Meinung von Stadtrat Witty anschließe, äußerte jedoch die Befürchtung, dass die Ergebnisse in Bayern heterogen ausfallen könnten, weshalb es wahrscheinlich schwierig werde, einen genauen Wert zu finden. Das Prinzip, das angesprochen worden sei, halte er jedoch für absolut richtig. Ingolstadt sei ein regionales Zentrum, worauf man stolz sei. Man trage Verantwortung im kulturellen Bereich sowie seit vielen Jahren auch im Schulbereich. Er führte weiter aus, dass bei der Bildung eines Zweckverbands – was retrospektiv auch für Eichstätt gelte – aus seiner Sicht nicht ausreichend hinterfragt worden sei, ob dies sinnvoll sei. Wenn ein Zweckverband gebildet werde, entstehe das Problem, dass im Landkreis andere Kostensätze gelten würden als für Schüler, die über Gastbeiträge in Ingolstadt aufgenommen werden. Stadtrat Schäuble merkt an, dass er zwei Punkte vom Bildungsreferenten anders verstanden habe als vom Oberbürgermeister dargestellt. Erstens habe jeder Schüler im Landkreis das Recht auf einen Platz an einer Schule, solange Kapazitäten vorhanden seien. Nur wenn die Kapazitäten erschöpft seien, könne ein Schüler abgewiesen werden. Dies sei auch in Ingolstadt der Fall. Zweitens stellte er infrage, inwieweit Ingolstadt bei einer Minderheitsbeteiligung an einem Zweckverband Einfluss nehmen könne. Weiter hebt er vor, dass es aus seiner Sicht eine Frage der Fairness sei zu prüfen, wie die Beiträge gestaltet werden, wenn Schüler aus dem Landkreis nach Ingolstadt kommen. Das Gesetz lasse jedoch wenig Handlungsspielraum zu. Es sei klar festgelegt, wie Gastbeiträge und Betriebskosten in einem Zweckverband umzulegen seien. Er erklärte weiter, dass es wünschenswert wäre, eine zusätzliche Regelung zu schaffen, die die Nachteile für Ingolstadt kompensiere. Zwar habe man in den letzten Jahren gerne Verantwortung für die Region übernommen und zusätzliche Lasten getragen, doch angesichts der angespannten Finanzlage müsse jede zusätzliche Belastung hinterfragt werden. Stadtrat Schäuble betont, dass dies nicht gegen die Zusammenarbeit mit dem Landkreis gerichtet sei. Vielmehr gehe es darum zu klären, wie diese Kooperation ausgestaltet werde und welche finanziellen Lasten damit verbunden seien. In der aktuellen finanziellen Situation halte er es nicht für verantwortbar, einem Zweckverband zuzustimmen, ohne genaue Kenntnis über die Betriebskosten oder das Defizit zu haben. Dies schließe jedoch zukünftige Verhandlungen unter neuen Rahmenbedingungen nicht aus.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bestätigt, dass Pfaffenhofen verpflichtet sei, Schüler aus Ingolstadt aufzunehmen, solange Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Stadtrat Reibenspieß teilt mit, dass er einem Zweckverband grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Wenn man die Situation betrachte, sehe man, dass Ingolstadt sehr viele Schüler aus dem Umland bekomme, die einen Gastbeitrag zahlen. Doch bisher habe sich noch nie ein Landkreis an den Gebäuden oder Schulen selbst beteiligt. Daher sei er nicht dazu geneigt, diesem Zweckverband zuzustimmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt aus, dass sie grundsätzlich ein großer Fan der kommunalen Zusammenarbeit sei. Ebenso habe sie öfter die Stadt Ingolstadt in der Verbandsversammlung des Gymnasiums Gaimersheim vertreten, und habe die Zusammenarbeit dort als sehr wohltuend und zielorientiert empfunden. Sie ist der Meinung, dass ein Gymnasium in Manching für die Schüler aus dem Ingolstädter Südosten sehr gut sei, da man räumliche Entlastung schaffe. Des Weiteren habe sie gehört, dass Pfaffenhofen

wolle, dass Ingolstadt mit einer Investition von 30 Prozent einsteige. Doch die momentane Haushaltslage spiele eine große Rolle, denn man habe in Ingolstadt die Erweiterung und Sanierung des Katharinen-Gymnasiums beschlossen und auch den Einstieg in die Sanierung des Apian-Gymnasiums. Ebenso gebe es eine ganze Reihe weiterer Investitionen, die in den nächsten Jahren anfallen und angesichts der schwierigen Haushaltslage schwer zu bewältigen sein werden. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hofft, dass man sich mit Pfaffenhofen einigen könne und unter 30 Prozent einsteige. Doch im Moment spricht sie sich gegen eine Zustimmung dieser Vorlage aus.

Stadträtin Leininger möchte wissen, ob es einen Verhandlungsspielraum gebe oder nicht, denn im Kulturausschuss wurde bereits besprochen, dass diese 30 Prozent angesichts der Haushaltslage äußerst schwierig seien. Dennoch sei man grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert. Weiter merkt sie an, dass zwar das Katharinen-Gymnasium, wie auch das Apian-Gymnasium erweitert werden, doch wenn die Übertrittsquoten etwas steigen, komme man wieder sehr schnell in Not. Bezüglich der Regionalität und dem Image der Stadt Ingolstadt befürchte sie, dass die Ablehnung des gemeinsamen Projektes der Stadt schaden könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass es keinen Korridor gebe. Es gebe nur die Aussage, dass es eine namhafte Beteiligung sein soll und zehn oder fünfzehn Prozent keinen Sinn ergeben, um einen Zweckverband zu gründen. Es müsse noch einmal verhandelt werden, ob auch 20 oder 25 Prozent möglich seien.

Stadtrat Wöhrl ist der Meinung, dass man sich diese Investition im Moment nicht leisten könne, so gerne man auch diese Zusammenarbeit hätte, denn man habe viele andere Probleme in Ingolstadt, wie z. B. das Theater oder auch Schulbauten.

Des Weiteren merkt er an, dass sich bei einer Generalsanierung eines Ingolstädter Gymnasiums kein anderer Landkreis beteiligt habe. Deshalb denkt Stadtrat Grob, dass es fair sei, pro Schüler abzurechnen und weiterhin gerne Schülerinnen und Schüler gegenseitig aufgenommen werden können.

Herr Grob erklärte, dass Ingolstadt über viele Jahrzehnte hinweg gerne Schüler aus den umliegenden Landkreisen aufgenommen habe, ohne dabei streng auf die finanziellen Beiträge zu achten. Stadtrat Grob weist darauf hin, dass sich bei der Generalsanierung eines Ingolstädter Gymnasiums bislang kein anderer Landkreis finanziell beteiligt habe. Aus diesem Grund hält er es für gerecht, künftig eine Abrechnung pro Schüler einzuführen. Dies würde weiterhin ermöglichen, Schülerinnen und Schüler aus benachbarten Landkreisen aufzunehmen, jedoch auf einer faireren Grundlage.

Stadtrat Werner hebt vor, dass über viele Jahre hinweg Verhandlungen mit Pfaffenhofen stattgefunden haben, die auf die Gründung eines Zweckverbandes ausgerichtet waren. Nun werde jedoch kurz vor dem Abschluss signalisiert, dass dies nicht mehr realisierbar sei. Stadtrat Werner regt an, mit Pfaffenhofen Gespräche aufzunehmen, um zu prüfen, ob der vorgesehene Beteiligungsanteil von 30 % reduziert werden kann. Eine Senkung auf 20 % würde die Kosten um etwa 10 Millionen Euro verringern. Nach Abzug einer Förderung von rund 50 % wäre die finanzielle Belastung für die Stadt überschaubar.

Herr Grandmontagne teilt mit, dass nach den vorliegenden Zahlen das Potenzial für den Eintritt in das Gymnasium Pfaffenhofen bei maximal zwei Klassen liege.

Frau Bürkl führt aus, dass man ein Potential aus den Grundschulen Ringsee, Unsernherrn und Zuchering sehe. Dort seien es im Durchschnitt immer zwischen drei und vier Jahrgangsstufen gewesen. Doch man habe sich auch die Schülerströme angeschaut und erkannt, dass aus diesen Stadtteilen maximal 60 Prozent auf das Apian-Gymnasium gehen.

Das Potenzial werde dann zu ca. zwei Klassen, doch letztendlich entscheiden immer die Eltern selbst, wo das Kind hingehet.

Stadtrat Witty teilt die Meinung von Stadtrat Grob, dass die Kostengerechtigkeit sehr wichtig sei. Auch im bayerischen Schulfinanzierungsgesetz stehe drin, dass die Kosten durch den Gastbeitrag erstattet werden sollen. Doch das entspreche nicht der Realität. Daher stellt sich Stadtrat Witty die Frage, wieso man das nicht bei den Gymnasien schaffe, denn das würde den Freistaat keinen Cent kosten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hakt nach, wer generell gegen den Zweckverband sei und wer sich nur an diesen 30 Prozent störe.

Stadtrat Schäuble ist der Ansicht, dass man die Investitionen und die Betriebskosten auseinanderhalten müsse. Es gehe um insgesamt vier Mio. Euro Unterdeckungskosten der Gast Schüler und dabei seien noch keine Refinanzierungskosten der Bauten einberechnet. Stadtrat Schäuble plädiert dafür, das Ganze noch einmal grundsätzlich zu überdenken, ob sowohl bei den Investitionen als auch bei den Betriebskosten eine faire Lösung gefunden werden kann. Wenn dies der Fall ist, dann spreche aus seiner Sicht nichts gegen die Kooperation.

Stadtrat Wittmann schließt sich der Meinung von Stadtrat Schäuble an. Auch er sei ein Befürworter des Zweckverbandes gewesen, doch man könne es sich im Moment nicht leisten. Herr Fleckinger habe bereits vorgetragen, dass die 500 Mio. Euro die man bräuchte für die jetzigen Investitionen nicht genehmigt bekomme, weil er es im Verwaltungshaushalt mit Zins und Tilgung nicht darstellen könne. Stadtrat Wittmann ist der Meinung, dass die Gründung eines Zweckverbandes nicht darstellbar und nicht finanzierbar sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt fest, dass es zwei Auffassungen gebe. Einmal die komplette Ablehnung und die andere Auffassung sei, noch einmal mit dem Landkreis Pfaffenhofen in die Verhandlung zu treten, um die Bedingungen auszuarbeiten.

Stadtrat Achhammer denkt es sei sinnvoll, das Ganze noch einmal aufzusetzen, auch wenn es für Pfaffenhofen nicht förderlich sei, sei es für Ingolstadt durchaus sinnvoll.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

2. Mit der Absicht, für die Neugründung und den Betrieb des geplanten Gymnasiums auf dem Gebiet des Landkreises Pfaffenhofen einen Zweckverband nach Art. 17 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) mit dem Landkreis Pfaffenhofen zu bilden, besteht **generell** Einverständnis.

Gegen 16 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag geänderten genehmigt.

3. Hinsichtlich der Beteiligungssumme soll erneut eine Verhandlung stattfinden.

Mit Mehrheit der Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.